

CHRISTOPH BUTTERWEGGE

Von der Alters- zur Kinderarmut und wieder zurück? Wie das Armutsproblem ‚demographisiert‘ statt gelöst wird

Zusammenfassung

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es das Problem zunehmender Armut von Kindern. Der Beitrag zeichnet mit zahlreichen Differenzierungen die Entwicklung der Kinderarmut in Deutschland seit Mitte der 70er Jahre nach und beschreibt die aktuelle Gestalt der Kinderarmut. Beim Umgang mit dieser besonderen Form der Armut fällt auf, dass es neben Strategien tatsächlicher Armutsbekämpfung auch – und zwar zunehmend – Strategien der ideologischen ‚Entsorgung‘ der (Kinder-)Armut gibt, nämlich die Kulturalisierung bzw. Pädagogisierung der Armut einerseits und die Biologisierung bzw. Demographisierung von Armut andererseits. Dass dabei auch der Begriff der Generationengerechtigkeit nicht zur systematischen Klärung, sondern als politisch-strategischer Begriff eingesetzt wird, macht die Diskussion gegenwärtig besonders unübersichtlich. Deshalb wendet sich der Autor gegen diese strategische Gerechtigkeitsargumentation und warnt davor, dass sich die Entwicklung von der Alters- zur Kinderarmut wieder umkehren werde und es zu einer Reseniorisierung der Armut komme, dabei aber eine Lösung des Problems der Kinderarmut hartnäckig unterbleibe.

Schlüsselwörter

Kinderarmut – Generationengerechtigkeit – Kulturalisierung/Pädagogisierung der Armut – Biologisierung/Demographisierung der Armut – Reseniorisierung der Armut

Bis zur Großen Rentenreform, die Konrad Adenauer als damaligem Kanzler und seiner CDU als führender Regierungspartei bei der Bundestagswahl im September 1957 den größten Wahlerfolg hierzulande überhaupt bescherte, waren meistens ältere Frauen, die keine oder nur geringe Rentenansprüche hatten, von Armut betroffen. Über ein Jahrzehnt nach Kriegsende hausten immer noch zahlreiche Greisinnen auf Trümmergrundstücken und in feuchten Kellern, wo es kalt und die Nahrung knapp war. Nunmehr wurde das aus Bismarcks Zeiten stammende Kapitaldeckungsprinzip durch ein modifiziertes Umlageverfahren ersetzt und die Altersrente dynamisiert, das heißt dem wachsenden Wohlstandsniveau regelmäßig angepasst. „Stellten Personen im Rentenalter einen Großteil derjenigen, die in den 1950er Jahren kommunale Fürsorgeleistungen bekamen, so reduzierte sich deren Zahl bereits im Jahr des Inkrafttretens

drastisch.“¹ Mit dem *Bundessozialhilfegesetz* (BSHG) wurde 1961 das überkommene Fürsorgerecht abgelöst und ein vor Gericht einklagbarer Rechtsanspruch auf Mindestsicherung geschaffen. „Neben der Abkehr von obrigkeitstaatlichen Fürsorgevorstellungen beinhaltete diese Reform im Wesentlichen zwei Neuerungen: erstens ein gesetzliches Anrecht auf finanzielle Unterstützung im Falle wirtschaftlicher Notlagen für alle Bürger (laufende Hilfe zum Lebensunterhalt) und zweitens spezielle Unterstützungsleistungen für Personen in besonders problematischen Lebenssituationen (Hilfe in besonderen Lebenslagen).“²

In einer Zeit des relativ kontinuierlichen Wachstums von Wirtschaft und allgemeinem Wohlstand setzten unterschiedlich zusammengesetzte Bundesregierungen diese Traditionslinie der Sozialgesetzgebung fast bruchlos fort, wodurch Armut hierzulande zwar nicht ausgerottet, aber spürbar zurückgedrängt und jahrzehntelang eher zu einer gesellschaftlichen Rand(gruppen)erscheinung wurde. Zu einer historischen Zäsur in der Wohlfahrtsstaatsentwicklung führte die Weltwirtschaftskrise 1974/75, denn seither war an einen weiteren Ausbau nicht mehr zu denken.³ Stattdessen wurden Leistungen gekürzt, Anspruchsvoraussetzungen verschärft und Kontrollmaßnahmen intensiviert, was nicht ohne negative Folgen blieb: Während der 80er-Jahre vollzog sich in der ‚alten‘ Bundesrepublik eine soziale Spaltung zwischen Beschäftigten und Erwerbslosen, die hauptsächlich im Gewerkschaftsbereich registriert und als „neue Armut“ etikettiert wurde.⁴ Klaus Lompe wies bereits damals auf die Tendenz zu einer „Verjüngung“ der Betroffenen hin: „War die Population der alten Armut in der Regel dadurch gekennzeichnet, daß sie arbeitsunfähig, krank und/oder alt war, so ist die der *neuen* Armut heute vor allem arbeitsfähig, arbeitslos und zum großen Teil jung.“⁵ Man müsse nur die vorhandenen Statistiken auswerten, meinte der Armutforscher, um deutlich erkennen zu können, „daß immer mehr Kinder in von Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug betroffenen Familien aufwachsen.“⁶ Kurz

¹ Jürgen Boeckh/Ernst-Ulrich Huster/Benjamin Benz, Sozialpolitik in Deutschland. Eine systematische Einführung, 2. Aufl., Wiesbaden 2006, 118f.

² Hans-Jürgen Andreß/Martin Kronauer, Arm – Reich, in: Stephan Lessenich/Frank Nullmeier (Hg.), Deutschland – eine gesplattene Gesellschaft, Frankfurt a. M./New York 2006, 28–52, 29.

³ Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, Krise und Zukunft des Sozialstaates, 3. Aufl., Wiesbaden 2006, 115–232 und 301–336.

⁴ Siehe Werner Balsen u. a., Die neue Armut. Ausgrenzung von Arbeitslosen aus der Arbeitslosenunterstützung, Köln 1984.

⁵ Klaus Lompe, Einleitung, in: Ders. (Hg.), Die Realität der neuen Armut. Analysen der Beziehungen zwischen Arbeitslosigkeit und Armut in einer Problemregion, Regensburg 1987, 1–7, 2 (Hervorhebung im Original).

⁶ Ebd. 4.

danach sprach Richard Hauser von einer „Infantilisierung der Armut“, weil Kinder und Jugendliche seither zu den Hauptbetroffenen dieser Entwicklung gehören.⁷

1. (KINDER-)ARMUT UND REICHTUM IN DER BUNDESREPUBLIK – EIN ÜBERBLICK

Auf dem Höhepunkt des konjunkturellen Aufschwungs lebten nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit im März 2007 fast 1,929 Mio. Kinder unter 15 Jahren (von ca. 11,44 Mio. dieser Altersgruppe insgesamt) in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften, landläufig ‚Hartz-IV-Haushalte‘ genannt. Rechnet man die übrigen Betroffenen (Kinder in Sozialhilfehaushalten, in Flüchtlingsfamilien, die nach dem *Asylbewerberleistungsgesetz* ein Drittel weniger als die Sozialhilfe erhalten, und von so genannten Illegalen, die gar keine Transferleistungen beantragen können) hinzu und berücksichtigt außerdem die so genannte Dunkelziffer (das heißt die Zahl jener eigentlich Anspruchsberechtigten, die aus Unwissenheit, Scham oder anderen Gründen keinen Antrag auf Sozialhilfe bzw. Arbeitslosengeld II stellen), leben etwa 2,8 Millionen Kinder, das heißt mindestens jedes fünfte Kind dieses Alters, auf oder unter dem Sozialhilfeniveau. Gleichzeitig beträgt das Privatvermögen der beiden reichsten Deutschen, der Gebrüder Albrecht (Eigentümer der Aldi-Ketten Nord und Süd), 37,5 Mrd. Euro. Verschärft wird das Problem der sozialen Polarisierung durch eine gesellschaftliche Spaltung in ‚drinnen‘ (Integrierte) und ‚draußen‘ (Exkludierte) sowie erhebliche regionale Disparitäten (Ost-West- und Nord-Süd-Gefälle). So leben in Görlitz 44,1 Prozent aller Kinder unter 15 Jahren in Hartz-IV-Haushalten, während es beispielsweise im wohlhabenden bayerischen Landkreis Starnberg nur 3,9 Prozent sind.

Die gegenwärtige Dramatik der Armut resultiert in erster Linie aus einer sich verschärfenden Weltmarktdynamik. Denn die wirtschaftliche Globalisierung führt keineswegs zur Verallgemeinerung des Wohlstandes. Vielmehr wirkt der Globalisierungsprozess im Rahmen der Standortpolitik als ‚soziales Scheidewasser‘, das die Bevölkerung der Bundesrepublik wie die anderer Länder in Gewinner/innen und Verlierer/innen, diese jedoch

⁷ Siehe *Richard Hauser*, Entwicklungstendenzen der Armut in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Diether Döring/Richard Hauser* (Hg.), Politische Kultur und Sozialpolitik. Ein Vergleich der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des Armutsproblems, Frankfurt a. M./New York 1989, 117–147, 126.

wiederum in Marginalisierte (Dauerarbeitslose, Deprivierte und Langzeitarme) einerseits sowie Geringverdiener/innen (prekär Beschäftigte, von Überschuldung Bedrohte und Kurzzeitarme) andererseits spaltet. Während die Dauerarbeitslosen den ‚sozialen Bodensatz‘ im Gegenwartskapitalismus bilden, verkörpern die Niedriglohnempfänger/innen, oftmals Migrant(inn)en und ethnischen Minderheiten entstammend,⁸ eher das ‚Treibgut‘ des Globalisierungsprozesses.

Bereits seit geraumer Zeit bildet die Bundesrepublik – sich damit anderen westlichen Industriestaaten angleichend – eine *zweiteilige* Armutsstruktur aus: Den armen Erwerbslosen, die wegen niedriger oder fehlender Lohnersatzleistungen auf das Existenzminimum zurückgeworfen werden, treten die erwerbstätigen Armen zur Seite, deren Lohn für ein Leben im gesicherten Wohlstand nicht ausreicht. Während sich die Langzeit- und Mehrfacharbeitslosigkeit älterer und/oder gering qualifizierter Personen zur Dauerarbeitslosigkeit verfestigt und die Betroffenen eine soziale Schicht völlig Deklassierter, das heißt vom Arbeitsmarkt wie auch von der gesellschaftlichen Teilhabe Ausgeschlossener (*underclass*) bilden, nimmt die Zahl jener Personen/Haushalte, deren Einkommen *trotz* kontinuierlicher Lohnarbeit in Form eines oder mehrerer Arbeitsverhältnisse nicht oder nur knapp über der relativen Armutsgrenze liegt (*working poor*), gleichfalls zu. Auch hat sich während der 90er-Jahre ein breiter, seinem Umfang nach oft unterschätzter Niedriglohnsektor herausgebildet, der längst nicht mehr nur typische Frauenarbeitsplätze umfasst.⁹ ‚Kombilöhne‘, wie man die staatlich subventionierten Niedrigeinkommen prekär Beschäftigter nennt, sind keine Lösung, sondern ein Teil des Armutsproblems.

Die latente, aber auch die evidente Armut von Obdachlosen, Trebegänger(inne)n und Bettler(inne)n hat – besonders in den urbanen Zentren und den ostdeutschen Bundesländern – stark zugenommen. Wie man heute seinen Luxus, motiviert durch ein verändertes gesellschaftliches Klima, offener als früher zur Schau stellt, manifestiert sich auch die Armut deutlicher, weil sie breiter streut und tiefer reicht. Ohne die Lage zu dramatisieren, kann man prognostizieren, dass es in der Bundesrepublik, die nach wie vor zu den reichsten Nationen der Welt gehört, künftig eher mehr als weniger Armut geben wird. Dies gilt hauptsächlich für Ostdeutschland,

⁸ Vgl. hierzu: *Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges* (Hg.), *Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik*, 4. Aufl., Wiesbaden 2008.

⁹ Vgl. dazu *Gerhard Bosch/Claudia Weinkopf* (Hg.), *Arbeiten für wenig Geld. Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland*, Frankfurt a. M./New York 2007; *Klaus Pape* (Hg.), *Arbeiten ohne Netz. Prekäre Arbeit und ihre Auswirkungen*, Hannover 2007.

wo sich der Um- bzw. Abbau des Sozialstaates noch drastischer auswirkt als in Westdeutschland, weil die dortigen Familien stärker auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind. Verschärft wird das Problem durch kräftig steigende Preise für Energie (Gas, Öl und Strom) sowie Lebens-, Nahrungs- und Genussmittel, aber auch höhere Verbrauchssteuern (Anhebung der Mehrwert- und Versicherungssteuer von 16 auf 19 Prozent ab dem 01. Januar 2007), die sozial benachteiligte Mehrkinderfamilien besonders hart treffen.

In den letzten Jahren wurde der Wohlfahrtsstaat in einer Weise reformiert, die Kinderarmut nicht reduziert, sondern zementiert und zum Teil selbst produziert hat. „Alle jüngeren Maßnahmen in der Reform des Sozialsystems gehen zu Lasten von Familien und Minderjährigen.“¹⁰ In einer postmodernen Hochleistungsgesellschaft, die Konkurrenz bzw. Leistung geradezu glorifiziert und Letztere mit Gehaltszulagen oder Lohnsteigerungen prämiert, erscheint Armut funktional, weil sie nur das Pendant dessen verkörpert, was die Tüchtigeren und daher Erfolgreichen in des Wortes doppelter Bedeutung ‚verdient‘ haben. Armut ist mithin kein ‚Betriebsunfall‘ oder ‚unsozialer Kollateralschaden‘, vielmehr konstitutiver Bestandteil einer kapitalistischen Marktwirtschaft im Zeichen der Globalisierung. Sie dient im ‚Umbau‘-Projekt ‚Das Neoliberale vorantreiben‘¹¹ als willkommenes Disziplinierungsinstrument, während materieller Wohlstand und privater Reichtum ein Lockmittel bilden, das ‚Leistungsträger‘ zu besonderen Anstrengungen motivieren soll. Sofern man weiter ‚Selbstverantwortung‘, ‚Eigenvorsorge‘ bzw. ‚Privatinitiative‘, die würdige Unwörter des Jahres wären, weil sie den Rückzug öffentlicher Stellen kaschieren, zum Dreh- und Angelpunkt eines Um- bzw. Abbaus des Sozialstaates macht, wird das Problem kaum zu lösen sein. Denn die betroffenen Familien entsprechen nicht dem neoliberalen Wunschbild, sondern sind auf staatliche Unterstützung angewiesen, um ein gedeihliches Aufwachsen ihrer Kinder zu gewährleisten.¹²

¹⁰ Michael Winkler, Bildungspolitik nach PISA, in: Michael Opielka (Hg.), Bildungsreform als Sozialreform. Zum Zusammenhang von Bildungs- und Sozialpolitik, Wiesbaden 2005, 23–43, 36.

¹¹ Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge/Bettina Lösch/Ralf Ptak, Kritik des Neoliberalismus, 2. Aufl., Wiesbaden 2008; Christoph Butterwegge/Bettina Lösch/Ralf Ptak (Hg.), Neoliberalismus. Analysen und Alternativen, Wiesbaden 2008.

¹² Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge/Michael Klundt/Matthias Belke-Zeng, Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland, 2. Aufl., Wiesbaden 2008.

2. DIE IDEOLOGISCHE ENTSORGUNG DES ARMUTSPROBLEMS

Auf der diskursiven Ebene wird das Problem der wachsenden Kinderarmut eher verdrängt, systematisch verharmlost und ideologisch entsorgt. Letzteres geschieht hauptsächlich durch eine Kulturalisierung bzw. Pädagogisierung und eine Demographisierung, die den mehrdeutigen Begriff ‚Generationengerechtigkeit‘ zur Legitimation eines weiteren Um- bzw. Abbaus des Sozialstaates einschließlich der Kürzung von Altersrenten missbraucht. Hier sollen die bedeutsamsten Argumentationslinien nachgezeichnet und Gegenargumente entwickelt werden.

2.1 Entmaterialisierung und Kulturalisierung bzw. Pädagogisierung der (Kinder-)Armut

Armut führt zu vielfältigen Benachteiligungen, Belastungen oder Beeinträchtigungen, vornehmlich im Arbeits-, Gesundheits-, Wohn-, (Aus-)Bildungs-, Kultur- und Freizeitbereich, was manche Kommentatoren veranlasst, Armut zu subjektivieren bzw. zu individualisieren und sie auf die Bildungsferne oder Kulturdefizite der Betroffenen zurückzuführen. So behauptete der Historiker Paul Nolte, das Hauptproblem der Unterschicht sei gar nicht die Armut, sondern der massenhafte Konsum von Fast Food und „Unterschichten-Fernsehen“.¹³ Mehrfach in dasselbe Horn stieß Walter Wüllenweber, der das Armutsproblem auf Bildungsarmut reduziert und die (Aus-)Bildung als Gegenmittel verabsolutiert. Der *stern*-Redakteur spielt Bildung und Soziales, die er als Konkurrenten um staatliche Ressourcen statt als komplementäre Mittel zur Befriedung der Gesellschaft versteht, gegeneinander aus. Jahrzehntelang, meint Wüllenweber, habe die finanzielle Umverteilung im Mittelpunkt der Politik gestanden: „Das war der falsche Weg. Gerechter ist Deutschland durch das Verteilen von Geld nicht geworden. Die Almosen vom Staat sind nur ein Schmerzmittel. Sie machen die Benachteiligung erträglich. Aber sie beseitigen sie nicht. Eine fundierte Bildung jedoch kann die Ungerechtigkeit wirksam bekämpfen. Sozial ist, was Bildung schafft.“¹⁴

Christof Prechtel und Daniel Dettling monieren ebenfalls, dass die Bundesrepublik sechs Mal soviel Geld für Soziales wie für Bildung auf-

¹³ Paul Nolte, Das große Fressen. Nicht Armut ist das Hauptproblem der Unterschicht. Sondern der massenhafte Konsum von Fast Food und TV, in: *Die Zeit* vom 17.12.2003, 9.

¹⁴ Walter Wüllenweber, Die Schicksalsfrage der Nation, in: *stern* vom 20.12.2007, 144–148, 146.

wende, sehen sie doch in Letzterer den Schlüssel zur Bekämpfung der (Kinder-)Armut: „Da zwischen Bildungsstand und Erfolg am Arbeitsmarkt ein klarer Zusammenhang besteht, produziert das deutsche Bildungswesen heute die Sozialfälle von morgen. Politisch bedeutet dies: Die Vermeidung von Bildungs-, nicht Einkommensarmut, ist die zentrale Herausforderung.“¹⁵ Hier unterliegen die zitierten Autoren freilich einem Irrtum: Was zum individuellen Aufstieg taugen mag, versagt als gesellschaftliches Patentrezept. Wenn alle Kinder mehr Bildungsmöglichkeiten bekommen, konkurrieren sie um die (zu) wenigen Ausbildungs- bzw. Arbeitsplätze womöglich nur auf einem höheren Niveau, aber nicht mit besseren Chancen. Folglich gäbe es am Ende mehr Taxifahrer mit Abitur und abgeschlossenem Hochschulstudium, aber kaum weniger Armut. Eine bessere (Aus-)Bildung erhöht die Konkurrenzfähigkeit eines Heranwachsenden auf dem Arbeitsmarkt, ohne jedoch die Erwerbslosigkeit und die (Kinder-)Armut als gesellschaftliche Phänomene zu beseitigen.

Bildungsbenachteiligung führt entgegen solcher Halbwahrheiten, wie sie die genannten Autoren verkünden, nicht zur Begründung einer Armutskultur, sondern ist primär Folge materieller Entbehrungen. Vor einer ‚Pädagogisierung‘ und ‚Therapeutisierung‘ der Problematik, die im öffentlichen bzw. Mediendiskurs über eine ‚neue Unterschicht‘ angelegt ist, warnt Hans Weiß denn auch: „Darin werden Armut und Unterschichtszugehörigkeit und ihre Auswirkungen auf Kinder, abstrahiert von den sozioökonomischen Bedingungen, z. B. vom Zusammenhang mit Dauerarbeitslosigkeit, primär als Folge der Verhaltensweisen der betroffenen Menschen, ihrer ‚Unterschichtskultur‘ betrachtet und damit letztlich ihnen die ‚Schuld‘ für ihre Situation zugeordnet.“¹⁶

‚Sparmaßnahmen‘ im Jugend-, Sozial- und Gesundheitsbereich beeinträchtigen die Zukunftsperspektiven der künftigen Generationen. Ähnliches bewirkt die Beschneidung der Bundeskompetenzen im Bildungsbereich. Durch ihren Rekurs auf das Konzept eines ‚Wettbewerbsföderalismus‘ hat die Föderalismusreform einer desaströsen Konkurrenz zwischen den Bundesländern im September 2006 Tür und Tor geöffnet, was besonders den (Hoch-)Schülern in *finanzschwachen* Ländern schaden dürfte, können gute Lehrkräfte doch leichter abgeworben werden. „Der Wettbewerbsföderalismus liefert [...] die schwächsten Mitglieder der Gesell-

¹⁵ Christof Prechtl/Daniel Dettling, Einleitung: „Wachstum durch Bildung – Chancen für die Zukunft nutzen!“, in: Dies. (Hg.), Für eine neue Bildungsfinanzierung. Perspektiven für Vorschule, Schule und Hochschule, Wiesbaden 2005, 9–14, 9.

¹⁶ Hans Weiß, „Frühe Hilfen“ für entwicklungsgefährdete Kinder in Armutslagen, in: Margherita Zander (Hg.), Kinderarmut. Einführendes Handbuch für Forschung und soziale Praxis, Wiesbaden 2005, 182–197, 183.

schaft, die Kinder, endgültig dem Markt aus.“¹⁷ Man kann nicht die Bildungs- als beste Sozialpolitik interpretieren und von der Schule über den Weiterbildungssektor bis zur Hochschule alle Institutionen dieses Bereichs privatisieren wollen,¹⁸ ohne unglaublich zu wirken. Denn das heißt letztlich, sie für Wohlhabende und die Kinder besser situerter Familien zu reservieren. In einem Bildungssystem, das privatisiert und kommerzialisiert wird, stoßen Kinder nur noch auf Interesse, wenn sie bzw. ihre Eltern als möglichst zahlungskräftige Kunden firmieren. Kontraproduktiv wirken auch die Beschneidung der Lernmittelfreiheit in mehreren Bundesländern und die Schließung von (Schul-)Bibliotheken aus Kostengründen. Je weniger die öffentliche Hand aufgrund einer falschen Steuerpolitik in der Lage ist, die materielle Unterversorgung von Familien zu kompensieren, umso mehr Kinder leiden unter Bildungsarmut.

Aufgrund seiner sozialen Selektivität fördert und verfestigt das hierarchisch gegliederte Sekundarschulsystem der Bundesrepublik die Bildungsarmut. Bildungsbeteiligung ist ein Menschenrecht, aber zur Armutsbekämpfung nicht ausreichend und längst kein Garant für eine gesicherte materielle Existenz mehr. So wichtig mehr Bildungs- und Kulturangebote für Kinder aus sozial benachteiligten ‚Problemfamilien‘ sind, so wenig können sie das Armutproblem lösen. Zwar werden die Armen häufig dumm (gemacht), die Klugen aber nicht zwangsläufig reich. Fehlende oder mangelhafte (Schul-)Bildung kann die Armut potenzieren und im Lebensverlauf zementieren. Sie ist jedoch nur deren Auslöser, nicht die Ursache materieller Not. Bildung ist deshalb auch ein nur begrenzt taugliches Mittel, also keine Wunderwaffe im Kampf gegen die (Kinder-) Armut, weil sie zwar durch soziale Diskriminierung entstandene Partizipationsdefizite junger Menschen mildern, allerdings nicht verhindern kann, dass materielle Ungleichgewichte auf deren Arbeits- und Lebensbedingungen durchschlagen.

2.2 Demographisierung bzw. Biologisierung von Armut: ,Generationengerechtigkeit‘ als politischer Kampfbegriff

Mit den Plänen zum Um- bzw. Abbau des Sozialstaates, also Konzepten der so genannten Hartz- bzw. der so genannten Rürup-Kommission

¹⁷ *Jutta Roitsch*, Föderaler Schlussakt. Von der kreativen Kooperation zum ruinösen Wettbewerb, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 51 (2006) 977–984, 984.

¹⁸ Vgl. dazu: *Ingrid Lohmann/Rainer Rilling* (Hg.), *Die verkaufte Bildung. Kritik und Kontroversen zur Kommerzialisierung von Schule, Weiterbildung, Erziehung und Wissenschaft*, Opladen 2002.

und Gerhard Schröders ‚Agenda 2010‘, häuften sich die Bemühungen, bis dahin in der Gesellschaft allgemein gültige Gerechtigkeitsvorstellungen grundlegend zu verändern, weil Reformen wie die genannten sonst kaum Chancen hätten, auf Massenakzeptanz zu treffen und nachhaltig zu wirken. Der dominierende Gerechtigkeitsbegriff wurde in mehrfacher Hinsicht „umprogrammiert“, wie sich Franz Segbers ausdrückte,¹⁹ modifiziert bzw. deformiert. Dadurch wiederum verschob sich sein Inhalt von der sozialen Gerechtigkeit zur ‚Chancengleichheit‘, von der Bedarfs- zur Leistungsgerechtigkeit, von der Verteilungs- zur ‚Beteiligungsgerechtigkeit‘, von der *ausgleichenden* zur *Tauschgerechtigkeit*, von der *gemeinschaftlichen* zur versicherungsmathematischen *Risikogerechtigkeit* und von der sozialen zur ‚Generationengerechtigkeit‘. Es geht darum, Gerechtigkeit nur noch horizontal oder temporal, aber nicht mehr vertikal (im Sinne der notwendigen Umverteilung von oben nach unten) zu denken und ihr damit jeden Stachel einer gesellschaftspolitischen Fundamentalkritik zu nehmen. Immer mehr Gruppen der Bevölkerung (Junge und Alte, Kinderlose und Eltern bzw. Familien) werden gegeneinander ausgespielt, sozioökonomische Interessengegensätze, die im Antagonismus von Kapital und Arbeit wurzeln, auf diese Weise relativiert. Nicht mehr der Produktionsbereich und die damit verbundenen Eigentums-, Macht- bzw. Herrschaftsverhältnisse, sondern der Reproduktionsbereich und die damit verbundenen Familien- bzw. Generationenbeziehungen stehen im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit.

Der demographische Wandel, also die kollektive Alterung der Gesellschaft und die Tendenz zum Bevölkerungsrückgang, wird dramatisiert und instrumentalisiert, um durch eine (Teil-)Privatisierung der Altersvorsorge bzw. Umstellung der Altersvorsorge auf Kapitaldeckung einen riesigen Markt für Finanzdienstleister, Großbanken und Versicherungskonzerne zu schaffen.²⁰ Während die soziale Ungleichheit innerhalb der Gesellschaft wächst, wird so getan, als hätten sich die Fronten der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen abgeschliffen und als seien ganz neue Konstellationen entstanden, denen sich die wissenschaftliche Analyse zuwenden müsse. Zu deren Hauptschlagworten gehört der Vor-

¹⁹ Siehe Franz Segbers, Die umprogrammierte Gerechtigkeit. Zur Kritik des Gerechtigkeitsbegriffs im Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2005), in: *Kirchlicher Herausgeberkreis Jahrbuch Gerechtigkeit* (Hg.), *Armes reiches Deutschland. Jahrbuch Gerechtigkeit 1*, Frankfurt a. M. 2005, 76–82.

²⁰ Vgl. Christian Christen, Marktgesteuerte Alterssicherung. Von der Entwicklung zur Implementierung eines neoliberalen Reformprojekts, in: *Christoph Butterwegge/Bettina Lösch/Ralf Ptak* (Hg.), *Neoliberalismus*, 182–200, 194 f.

wurf mangelnder Generationengerechtigkeit.²¹ Hierunter versteht man im Allgemeinen die Forderung nach einer fairen Aufteilung der Ressourcen und der Lasten zwischen den heute lebenden Generationen, etwa in Bezug auf die Finanzierung und die Inanspruchnahme von (Transfer-)Leistungen der sozialen Sicherungssysteme. Einen intellektuellen bzw. Erkenntnisgewinn verspricht der Terminus allerdings nicht, wie Albrecht von Lucke bemerkt: „Die Kategorie der Generationszugehörigkeit liegt offensichtlich quer zu den Gerechtigkeitskriterien Bedürfnis, Bedürftigkeit und Leistung und kann schon deshalb kein hinreichendes Kriterium für Gerechtigkeit sein.“²² Von scheinbar ähnlichen Kategorien wie Geschlecht oder Abstammung bzw. Herkunft unterscheidet sich das Alter dadurch, dass man zwar altert, aber in der Regel nicht das Geschlecht wechselt und die ethnische Abstammung bzw. Herkunft für immer festliegt. Wenn man Jüngere rechtlich, ökonomisch und/oder sozialpolitisch gegenüber Älteren schlechter stellt, gleichen sich die Nachteile im Verlauf eines Lebens wieder aus: „Jedes Sicherungssystem, das einen Unterschied aufgrund des Alters des Menschen macht und sie nach moralischen Kriterien scheinbar ungleich behandelt, verfährt im Zeitablauf durchaus moralisch. Denn alle Menschen werden über ihren Lebenszyklus hinweg gleich behandelt.“²³

Der deutsche Sozial(versicherungs)staat hat durch seine enge Bindung an die so genannte Normalbiografie, das ‚Normalarbeitsverhältnis‘ und die ‚Normalfamilie‘ insofern einen Altersbias, als Transferleistungen im Lebensverlauf (Längsschnitt) ungleich auf die Generationen verteilt sind. Martin Kohli spricht vom Wohlfahrtsstaat als „Umverteilungsmechanik zwischen den Generationen“, die „ein charakteristisches Ungleichgewicht“ aufweise: „Die öffentlichen Aufwendungen für Kinder und Jugendliche – also der Bereich der Familienpolitik im engeren Sinne sowie derjenige der Bildungspolitik – sind relativ gering; die Kosten des Heranwachsens werden überwiegend den Eltern aufgebürdet. Die Umverteilung zu den Älteren ist wesentlich umfangreicher.“²⁴ Daraus folgt aber mitnichten, dass die Älteren den Sozialstaat und/oder die Jüngeren

²¹ Vgl. dazu: *Michael Klundt*, Von der sozialen zur Generationengerechtigkeit? – Polarisierende Lebenslagen und ihre Deutung in Wissenschaft, Politik und Medien. Mit einem Vorwort von Christoph Butterwegge, Wiesbaden 2007.

²² *Albrecht von Lucke*, Generationengerechtigkeit als Kampfbegriff, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 48 (2003) 1055–1059, 1059.

²³ *Christian Christen/Tobias Michel/Werner Rätz*, Sozialstaat. Wie die Sicherungssysteme funktionieren und wer von den „Reformen“ profitiert, Hamburg 2003, 42.

²⁴ *Martin Kohli*, Beziehungen und Transfers zwischen den Generationen, in: *Laszlo A. Vaskovics* (Hg.), Familienleitbilder und Familienrealitäten, Opladen 1997, 278–288, 281.

ausbeuten. Denn eine Querschnittsbetrachtung, welche die Lage unterschiedlicher Altersjahrgänge vergleicht, lässt außer Acht, „dass die jüngeren Generationen über ein wesentlich höheres Nettoeinkommen als ihre Eltern verfügen und dass dieses Realeinkommen weiter wächst, selbst wenn in begrenztem Umfang eine prozentual erhöhte Abgabenbelastung erfolgt.“²⁵

Meist wird die demographische Entwicklung in unzulässiger Weise dramatisiert, legitimiert sie auf diese Art doch Schritte und Maßnahmen zur Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben. Demographie fungiert als Mittel der sozialpolitischen Demagogie und ‚Generationengerechtigkeit‘ degeneriert zu einem politischen Kampfbegriff, der von vermehrter sozialer Ungleichheit *innerhalb jeder* Generation ablenkt. Wenn die deutsche Gesellschaft will, kann sie den demographischen Wandel sowie seine Folgen für Ökonomie, Sozialstaat und Stadt- bzw. Raumplanung, die nicht zu leugnen sind, solidarisch bewältigen, denn sie ist so reich wie nie. Was fehlt, sind Maßnahmen der sozialen Umverteilung von oben nach unten, die der Bekämpfung von öffentlicher und privater Armut dienen würden. Ausschließlich die ökonomische Leistungsfähigkeit, nicht das Lebensalter der Bürger/innen und die Generationszugehörigkeit, muss darüber entscheiden, wie sie zum Allgemeinwohl beitragen oder in welchem Maß sie staatlicher Unterstützung bedürfen.

Das verkrampfte Bemühen um mehr Generationengerechtigkeit, der noch nie so viel Beachtung wie heute zuteil wurde, überdeckt die in *sämtlichen* Altersgruppen, der ganzen Gesellschaft und der übrigen Welt drastisch wachsende soziale Ungleichheit. „Man gewinnt vielfach den Eindruck, dass die Fokussierung der Diskussion auf die Verteilung zwischen Kohorten ablenken soll von Fragen der Verteilung innerhalb von Kohorten.“²⁶ Als „gierige Generation“, meint der Publizist Bernd W. Klöckner, leben die Alten auf Kosten der Jungen, spricht in diesem Zusammenhang von „Ruhestandsluxus“ und beklagt das Selbstbewusstsein sowie die große Reiselust deutscher Rentner/innen: „Ob Mallorca, Gran Canaria oder Costa del Sol: die Masse der heute Alten hat offensichtlich keinerlei

²⁵ Alois Oberhauser, Die vermeintlich arme jüngere Generation, in: Irene Becker/Notburga Ott/Gabriele Rolf (Hg.), Soziale Sicherung in einer dynamischen Gesellschaft. Festschrift für Richard Hauser zum 65. Geburtstag, Frankfurt a.M./New York 2001, 204–213, 212.

²⁶ Winfried Schmähl, „Generationengerechtigkeit“ und Alterssicherung. Oder: Wie ein vieldeutiges Konzept einseitig instrumentalisiert wird, in: Kai Burmeister/Björn Böhnig (Hg.), Generationen und Gerechtigkeit, Hamburg 2004, 45–61, 51.

Grund zu klagen.²⁷ Das auch in vielen Massenmedien gezeichnete Bild einer *intergenerationalen* Kluft zwischen Arm und Reich hält der empirischen Überprüfung allerdings nicht stand: Auf der Ebene bedarfsgewichteter Haushaltseinkommen weisen Rentnerhaushalte eine viel geringere Wohlstandsposition auf als Arbeitnehmerhaushalte, was die Hypothese der mangelnden Generationengerechtigkeit jedenfalls zu Lasten der mittleren Jahrgänge widerlegt.²⁸

Gleichwohl tut man vielfach so, als sei der Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit durch einen neuen Grundwiderspruch, nämlich denjenigen zwischen Jung und Alt, abgelöst und Klassenkampf durch einen ‚Krieg der Generationen‘ ersetzt worden. Hierbei handelt es sich um eine Dramatisierung des gesellschaftlichen Verteilungskampfes, die – auf dem Rücken von Rentner(inne)n ausgetragen – von den eigentlichen Problemen, etwa der ungerechten Einkommens- und Vermögensverteilung, ablenkt. Man versteht nun eher, warum Massenmedien der Armut von Kindern, die es auch in einem so reichen Land wie der Bundesrepublik gibt, wachsende Aufmerksamkeit schenken. Da heute die Rentner/innen nicht mehr in so hohem Maße wie etwa Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren von Armut betroffen sind, konstruiert man ein Wohlstandsgefälle zwischen Alt und Jung. Kinderarmut wird folglich missbraucht, um die Jüngeren gegen die Älteren auszuspielen und Letzteren einen Verzicht auf Einkommenszuwächse oder Leistungskürzungen abzuverlangen.

Die soziale Polarisierung, Folge einer Umstrukturierung fast aller Gesellschaftsbereiche nach dem Vorbild des Marktes, wirkt sich auf sämtliche Altersgruppen gleich aus: Armut geht mit wachsendem Wohlstand und vermehrtem Reichtum einher; wenn man so will, bildet sie dessen Kehrseite.²⁹ Es gab noch nie so viele Haushalte ohne materielle Sorgen und noch nie so viele Kinder mit einem riesigen Vermögen wie heute. Um mehr Freibeträge und damit Steuervorteile für sich bzw. die eigene Familie zu erlangen, übertragen wohlhabende Eltern einen Teil ihres Vermögens kurz nach der Geburt auf ihre Kinder. Umgekehrt sind heute nicht mehr so viele Rentner/innen von Armut betroffen wie während der 50er- und frühen 60er-Jahre, aber es gibt noch immer sehr viele Rentner/innen

²⁷ Bernd W. Klöckner, Die gierige Generation. Wie die Alten auf Kosten der Jungen abkassieren, Frankfurt a. M. 2003, 107 f.

²⁸ Vgl. Gerhard Bäcker/Angelika Koch, Die Jungen als Verlierer? – Alterssicherung und Generationengerechtigkeit, in: WSI-Mitteilungen 56 (2003) 111–117, 113.

²⁹ Vgl. dazu: Hans-Jürgen Andreß/Martin Kronauer, Arm – Reich, 28–52; Karl Georg Zinn, Wie Reichtum Armut schafft. Verschwendung, Arbeitslosigkeit und Mangel, 4. Aufl., Köln 2006; Sahra Wagenknecht (Hg.), Armut und Reichtum heute. Eine Generationenanalyse, Berlin 2007.

(vor allem Frauen), die mit Kleinstrenten auskommen oder die soziale Grundsicherung im Alter beanspruchen müssen.

Eine ‚statische Betrachtungsweise‘, die Veränderungen der Demographie von der wissenschaftlich-technischen Innovation und Wachstumsprozessen der Ökonomie ablöst, ignoriert für das Resultat zentrale Zusammenhänge: „Die Leistungsfähigkeit eines heutigen Beschäftigten wird auch für das Jahr 2050 unterstellt.“³⁰ Außerdem wird der „Verschlechterung des Alten- oder Alterslastquotienten“ (Anteil der von den mittleren Jahrgängen zu versorgenden Menschen, die nicht mehr erwerbstätig sind) keineswegs, wie es intellektuelle Redlichkeit geböte, die sie bei einer sinkenden Geburtenrate begleitende „Verbesserung des Jugendquotienten“ (Anteil der von den mittleren Jahrgängen zu versorgenden Menschen, die noch nicht erwerbstätig sind) gegenübergestellt. Sich daraus ergebende Einsparungen bei Kindergärten, Schulen, Hochschulen und Jugendhilfe müssten jedoch gleichfalls in Rechnung gestellt werden, will man die Belastung der erwerbstätigen Generation ermitteln. Für mehr Rentner/innen kann diese aufkommen, ohne finanzielle Einbußen zu erleiden, wenn Lohn oder Gehalt stärker als die daraus resultierende Belastung steigen. Entscheidend dafür, ob die Möglichkeit zur Kompensation der ‚Altenlast‘ besteht, ist die Höhe der Arbeitsproduktivität. Wenn man bedenkt, dass sich bei einem Produktivitätsanstieg von nur 1,5 Prozent pro Jahr und Erreichen der Vollbeschäftigung ab 2010 das Realeinkommen bis 2050 verdoppeln würde, kann von einer Überforderung der Gesellschaft durch den demographischen Wandel überhaupt keine Rede sein: „Die Versorgungsleistungen können [...] aus dem Produktivitätswachstum bestritten werden, ohne dass die zu Versorgenden oder die Erwerbstätigen den Gürtel enger schnallen müssen.“³¹

Das jeweilige Rentenniveau ist weniger eine Frage der Biologie (‚Wie alt ist die Bevölkerung?‘) als eine Frage der Ökonomie (‚Wie groß ist der Reichtum, den die Gesellschaft erwirtschaftet hat?‘) und eine Frage der Politik (‚Wie wird der gesellschaftliche Reichtum auf die einzelnen Klassen, Schichten und Altersgruppen verteilt?‘). Wie alle seriösen Berechnungen zeigen, halten sich die Folgen des demographischen Wandels für die Gesetzliche Renten-, die Gesetzliche Kranken- und die Soziale Pfl-

³⁰ *Gerd Bosbach*, Demografische Entwicklung – nicht dramatisieren!, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 55 (2004) 96–103, 101.

³¹ *Eckhard Hein/Bernd Müllhaupt/Achim Truger*, WSI-Standortbericht 2004: Demografische Entwicklung – ein Standortproblem?, in: WSI-Mitteilungen 57 (2004) 291–305, 296.

geversicherung in engen Grenzen. Karl Georg Zinn betont deshalb auch zu Recht:

„Das heute erreichte Niveau sozialstaatlicher Leistungen basiert auf den Produktivitätssteigerungen der Vergangenheit, und die künftig weiter steigende Leistungsfähigkeit der wohlhabenden Volkswirtschaften ermöglicht bei sachgerechter Organisation von Produktion und Verteilung zumindest die Aufrechterhaltung des erreichten Sozialniveaus.“³²

Schließlich sind Rentenkürzungen kein Beitrag zur ‚Generationengerechtigkeit‘, sie verschärfen die soziale Ungleichheit vielmehr. ‚Nullrunden‘ (Aussetzungen der Rentenanpassung) treffen nicht bloß jetzige Rentner/innen, sondern auch Jahrgänge, die heute noch oder noch nicht erwerbstätig sind. Die von der Großen Koalition beschlossene Anhebung des gesetzlichen Rentenzugangsalters von 65 auf 67 Jahre verschlechtert die Arbeitsmarktchancen zukünftiger Generationen. Wer nach ‚Generationengerechtigkeit‘ ruft, müsste eigentlich darum bemüht sein, dass auch die künftig Heranwachsenden noch einen hoch entwickelten Wohlfahrtsstaat und das gewohnte Maß an sozialer Sicherheit vorfinden, statt die Letztere weiter zu beschneiden und die Menschen einer privaten Daseinsvorsorge zu überantworten!

3. VON DER INFANTILISIERUNG ZUR (RE-)SENIORISIERUNG DER ARMUT?

Die sozialen Sicherungssysteme werden zunehmend Markt-, also betriebswirtschaftlichen Leistungs- und Konkurrenzgesetzen unterworfen. Genauso wie Unternehmen und Gebietskörperschaften sollen sie nach größtmöglicher kaufmännischer Effizienz streben, während ihr eigentlicher Zweck, Menschen in schwierigen Lebenslagen wirksam zu unterstützen, deutlich zurücktritt. „Ganz im Sinne der Ökonomisierung des Sozialen verdrängt dabei ein betriebswirtschaftlich orientiertes Leitbild von Qualitätsmanagement traditionelle Orientierungen von religiös oder ethisch motivierter Nächstenliebe, von Subsidiarität und Solidarität.“³³ Wettbewerb sowie Wahlfreiheit (für von Klienten zu ‚Kunden‘ avancierte Sozialstaatsbürger) beherrschen die Wohlfahrtsstaatskonzeption des Neoliberalismus, und sein Leitbild zielt auf die Verbesserung der Kon-

³² *Karl Georg Zinn*, Sozialstaat in der Krise. Zur Rettung eines Jahrhundertprojekts, Berlin 1999, 80f.

³³ *Udo Kelle*, „Kundenorientierung“ in der Altenpflege? – Potemkinsche Dörfer sozialpolitischer Qualitätsmanagements, in: PROKLA 37 (2007) 113–128, 113.

kurrenzfähigkeit des jeweiligen Wirtschaftsstandortes. „Der Sozialstaat wird nicht mehr als Ergebnis von Machtkämpfen zwischen Arbeit und Kapital, Politik und Markt gesehen, sondern als Hebel, durch gezielte Investitionen in das ‚Humankapital‘ den Standort für (internationale) Investitionen und für das Finanzkapital attraktiv zu machen.“³⁴

Eingebettet in ein umfassenderes Reformkonzept, das den ganzen öffentlichen Sektor modernisieren will, tritt an die Stelle des *aktiven* Sozialstaates, wie man ihn kannte, immer mehr ein *aktivierender*, das heißt Hilfebedürftige nicht ohne entsprechende Gegenleistung alimentierender Sozialstaat. Die verlangte Übernahme von ‚Eigenverantwortung‘ meint gerade nicht die Selbstbestimmung der Bürger/innen, sondern das Gegenteil: „Der Imperativ der Eigenverantwortung vereinzelt und ent-solidarisiert. Er hinterfragt gar nicht, welche Bedingungen gegeben sein müssen, damit Menschen überhaupt Verantwortung für sich selbst und auch andere übernehmen können.“³⁵ Schon der Terminus ‚aktivierende Arbeitsmarktpolitik‘ diffamiert Erwerbslose im Grunde als (zu) passiv, denn sonst könnten und müssten sie ja nicht durch geeignete Maßnahmen ‚aktiviert‘ werden.

Wortführer des Neoliberalismus wie Rainer Hank fordern die Beschränkung auf einen „Kernsozialstaat“, der nur noch dann tätig werden soll, wenn für Risiken „auf privaten Kapital- und Versicherungsmärkten eine effiziente Vorsorge nicht möglich ist. Dies gilt beim heutigen Zustand der Kapital- und Versicherungsmärkte allenfalls noch für die Arbeitslosenversicherung, nicht aber für die Kranken- und Rentenversicherung und schon gar nicht für die Pflegeversicherung.“³⁶ Perspektivisch droht das Gemeinwesen in einen Wohlfahrtsmarkt sowie einen Wohltätigkeitsstaat zu zerfallen: Auf dem Wohlfahrtsmarkt kaufen sich Bürger/innen, die es sich finanziell leisten können, soziale Sicherheit (zum Beispiel Altersvorsorge durch Versicherungspolice der Assekuranz). Dagegen stellt der ‚postmoderne‘ Sozialstaat nur noch euphemistisch ‚Grundsicherung‘ genannte Minimalleistungen bereit, die Menschen vor dem Verhungern und Erfrieren bewahren, sie ansonsten jedoch der Obhut karitativer Organisationen und privater Wohltäter/innen anheimgeben.

³⁴ Angela Klein, Sozialreformen und sozialer Widerstand in der EU, in: Holger Kindler/Ada-Charlotte Regelmann/Marco Tullney (Hg.), Die Folgen der Agenda 2010. Alte und neue Zwänge des Sozialstaats, Hamburg 2004, 166–184, 173.

³⁵ Eric Mübrel, Eigenverantwortung – Anmerkungen zur Ambivalenz einer neuen Kultur des Sozialen, in: Neue Praxis 35 (2005) 676–681, 679.

³⁶ Rainer Hank, Das Ende der Gleichheit oder Warum der Kapitalismus mehr Wettbewerb braucht, Frankfurt a. M. 2000, 209.

Neben den (Langzeit-)Arbeitslosen, Behinderten und Kranken bzw. ihren Kindern gehören Rentner/innen zu den Hauptbetroffenen der ‚Reformen‘, die das System der sozialen Sicherung in den letzten Jahren bis ins Mark erschüttert haben. Längst geht es nicht mehr nur um Leistungskürzungen, die davon Betroffene im Einzelfall hart genug treffen, sondern auch um Strukturveränderungen, die zu einem Systemwechsel führen. Durch die so genannte Riester-Reform wurde beispielsweise das Prinzip der Lebensstandardsicherung in der Rentenversicherung aufgegeben,³⁷ noch bevor man dies mittels Hartz IV im Arbeitsmarktbereich realisierte. Schönfärberisch als ‚Zusammenlegung mit der Sozialhilfe‘ verharmlost, war die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe ein politischer Markstein auf dem Weg zum Fürsorge-, Almosen- bzw. Suppenküchenstaat und ein Rückschritt in der Entwicklung des Arbeits- und Sozialrechts, zumal sie mit einer Abschiebung der Langzeitarbeitslosen in die Wohlfahrt einherging. War die Arbeitslosenhilfe noch eine Lohnersatzleistung, die sich selbst Jahre oder Jahrzehnte später nach der Höhe des vorherigen Nettoverdienstes richtete, ist das Arbeitslosengeld II genauso niedrig wie die Sozialhilfe.

Aufgrund der starken Zunahme diskontinuierlicher Erwerbsverläufe, von Ehescheidungen und zahlreicher Kürzungen im Sozialbereich dürfte sich die Struktur der Armutpopulation demnächst wieder in Richtung der Älteren verschieben. Ausdrücklich genannt seien: die Teilprivatisierung der Altersvorsorge; die wiederholte Verringerung der Beiträge zur Rentenversicherung, welche die Bundesanstalt bzw. -agentur für Arbeit im Falle der Erwerbslosigkeit entrichtet; die Einführung des ‚Nachhaltigkeits-‘ und des ‚Nachholfaktors‘; die irrigerweise als ‚Nullrunde‘ bezeichnete Aussetzung der jährlichen Rentenanpassung 2004 ff.; künftig zu erwartende höhere Abschläge durch die Anhebung des Rentenzugangsalters von 65 auf 67 Jahre. Mit besonderer Härte trifft die Heraufsetzung des Rentenalters (unter)durchschnittlich Verdienende: „Infolge der in Deutschland sehr unterschiedlichen Lebenserwartung der verschiedenen Einkommenskohorten, mit Differenzen von bis zu neun Jahren, sind die Rentenbezugszeiten für Einkommenschwache nur etwa halb so lang wie für die obere Einkommenskohorte.“³⁸ Wer von den Betroffenen eine so genannte Riester-Rente abgeschlossen hat, kann darauf nicht zurückgreifen, weil sie auf die Grundsicherung im Alter voll angerechnet wird. Da

³⁷ Vgl. Nico A. Siegel, Rot-Grün und die Pfeiler des deutschen Kapitalismus, in: Christoph Egle/Reimut Zohlnhöfer (Hg.), Ende des rot-grünen Projektes. Eine Bilanz der Regierung Schröder 2002–2005, Wiesbaden 2007, 379–407, 389.

³⁸ Stefan Welzk, Die „Alterskatastrophe“ und der Absturz der Renten, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 51 (2006) 707–721, 714.

es weder genügend Stellen für ältere Arbeitnehmer/innen noch Maßnahmen der Gesundheitsförderung und der beruflichen Weiterbildung gibt, die eine Annäherung des faktischen Renteneintrittsalters an die bisherige Regelaltersgrenze von 65 erlauben würden, bedeutet die Rente mit 67 deren Kürzung: „Die Brücken zwischen Erwerbsaustritt und Renteneintritt werden, gerade auch zu Lasten der Arbeitslosenversicherung, wieder länger. Hierdurch und in Verbindung mit den Hartz-Gesetzen wird eine Rückkehr der weitgehend überwunden geglaubten Altersarmut sehr wahrscheinlich.“³⁹ Nach dem Auslaufen der so genannten 58er-Regelung werden Langzeitarbeitslose künftig mit 63 Jahren zwangsverrentet, was ihre Rentenansprüche verringert. Zu befürchten ist eine (Re-)Seniorisierung der Armut, zumal mittlere Jahrgänge, die noch erwerbstätig sind, als ‚Generation im Übergang‘ zur nachgelagerten Rentenbesteuerung durch das am 01. Januar 2005 in Kraft getretene *Alterseinkünftegesetz* übermäßig belastet werden.

Teilweise beklagen dieselben Journalist(inn)en, denen es bei der Absenkung des Rentenniveaus jahrelang gar nicht schnell und radikal genug zugehen konnte, heute die drohende und teilweise schon um sich greifende Altersarmut, ohne zu konzedieren, dass diese ein zwangsläufiges Ergebnis der von ihnen selbst propagierten Reformen ist. Genannt sei nur die ZEIT-Redakteurin Elisabeth Niejahr, die den damaligen Arbeits- und Sozialminister Walter Riester im Oktober 1999 unter dem Titel *Arme Junge, reiche Alte* ermahnte, seine Rentenreform müsse „die Rentner zur Kasse bitten“, denen es materiell viel besser gehe als nachwachsenden Generationen: „Sie haben relativ geringe Beiträge gezahlt und bekommen dafür relativ hohe Renten.“⁴⁰ Im August 2007 beschwor Niejahr die Gefahr einer zunehmenden Altersarmut und erkannte: „Die Verteilungskonflikte werden vermutlich nicht zwischen den Generationen ausgetragen, sondern innerhalb der Generationen – Arm kämpft gegen Reich statt Alt gegen Jung.“⁴¹

³⁹ *Andreas Ebert/Ernst Kistler/Thomas Staudinger*, Rente mit 67 – Probleme am Arbeitsmarkt, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament* 57 (2007) 25–31, 31.

⁴⁰ *Elisabeth Niejahr*, *Arme Junge, reiche Alte. Eine echte Rentenreform muss die Rentner zur Kasse bitten*, in: *Die Zeit* vom 21.10.1999, 1.

⁴¹ *Elisabeth Niejahr*, *Der wahre Altersunterschied. Heute geht es den meisten Rentnern gut. Aber die Altersarmut wird zunehmen, weil viele Bürger nicht in der Sozialversicherung sind*, in: *Die Zeit* vom 30.08.2007, 23–24, 24.

LITERATURVERZEICHNIS

- Hans-Jürgen Andreß/Martin Kronauer*, Arm – Reich, in: *Stephan Lessenich/Frank Nullmeier* (Hg.), Deutschland – eine gesplante Gesellschaft, Frankfurt a.M./New York: Campus 2006, 28–52.
- Gerhard Bäcker/Angelika Koch*, Die Jungen als Verlierer? – Alterssicherung und Generationengerechtigkeit, in: WSI-Mitteilungen 56 (2003) 111–117.
- Werner Balsen u. a.*, Die neue Armut. Ausgrenzung von Arbeitslosen aus der Arbeitslosenunterstützung, Köln: Bund 1984.
- Jürgen Boeckh/Ernst-Ulrich Huster/Benjamin Benz*, Sozialpolitik in Deutschland. Eine systematische Einführung, 2. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2006.
- Gerd Bosbach*, Demografische Entwicklung – nicht dramatisieren!, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 55 (2004) 96–103.
- Gerhard Bosch/Claudia Weinkopf* (Hg.), Arbeiten für wenig Geld. Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland, Frankfurt a.M./New York: Campus 2007.
- Christoph Butterwegge*, Krise und Zukunft des Sozialstaates, 3. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2006.
- Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges* (Hg.), Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik, 4. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2008.
- Christoph Butterwegge/Michael Klundt/Matthias Belke-Zeng*, Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland, 2. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2008.
- Christoph Butterwegge/Bettina Lösch/Ralf Ptak*, Kritik des Neoliberalismus, 2. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2008.
- Christoph Butterwegge/Bettina Lösch/Ralf Ptak* (Hg.), Neoliberalismus. Analysen und Alternativen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2008.
- Christian Christen/Tobias Michel/Werner Rätz*, Sozialstaat. Wie die Sicherungssysteme funktionieren und wer von den „Reformen“ profitiert, Hamburg: VSA 2003.
- Christian Christen*, Marktgesteuerte Alterssicherung. Von der Entwicklung zur Implementierung eines neoliberalen Reformprojekts, in: *Christoph Butterwegge/Bettina Lösch/Ralf Ptak* (Hg.), Neoliberalismus. Analysen und Alternativen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2008, 182–200.

- Andreas Ebert/Ernst Kistler/Thomas Staudinger*, Rente mit 67 – Probleme am Arbeitsmarkt, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament* 57 (2007) 25–31.
- Rainer Hank*, *Das Ende der Gleichheit oder Warum der Kapitalismus mehr Wettbewerb braucht*, Frankfurt a. M.: S. Fischer 2000.
- Richard Hauser*, Entwicklungstendenzen der Armut in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Diether Döring/Richard Hauser* (Hg.), *Politische Kultur und Sozialpolitik. Ein Vergleich der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des Armutsproblems*, Frankfurt a. M./New York: Campus 1989, 117–147.
- Eckhard Hein/Bernd Mühlhaupt/Achim Truger*, WSI-Standortbericht 2004: Demographische Entwicklung – ein Standortproblem?, in: *WSI-Mitteilungen* 57 (2004) 291–305.
- Udo Kelle*, „Kundenorientierung“ in der Altenpflege? – Potemkinsche Dörfer sozialpolitischen Qualitätsmanagements, in: *PROKLA* 37 (2007) 113–128.
- Angela Klein*, Sozialreformen und sozialer Widerstand in der EU, in: *Holger Kindler/Ada-Charlotte Regelman/Marco Tullney* (Hg.), *Die Folgen der Agenda 2010. Alte und neue Zwänge des Sozialstaats*, Hamburg: VSA 2004, 166–184.
- Bernd W. Klöckner*, *Die gierige Generation. Wie die Alten auf Kosten der Jungen abkassieren*, Frankfurt a. M.: Eichborn 2003.
- Michael Klundt*, *Von der sozialen zur Generationengerechtigkeit? – Polarisierte Lebenslagen und ihre Deutung in Wissenschaft, Politik und Medien, Mit einem Vorwort von Christoph Butterwege*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2007.
- Martin Kohli*, Beziehungen und Transfers zwischen den Generationen, in: *Laszlo A. Vaskovics* (Hg.), *Familienleitbilder und Familienrealitäten*, Opladen: Leske+Budrich 1997, 278–288.
- Ingrid Lohmann/Rainer Rilling* (Hg.), *Die verkaufte Bildung. Kritik und Kontroversen zur Kommerzialisierung von Schule, Weiterbildung, Erziehung und Wissenschaft*, Opladen: Leske+Budrich 2002.
- Klaus Lompe*, Einleitung, in: *Ders.* (Hg.), *Die Realität der neuen Armut. Analysen der Beziehungen zwischen Arbeitslosigkeit und Armut in einer Problemregion*, Regensburg: Transfer 1987, 1–7.
- Albrecht von Lucke*, Generationengerechtigkeit als Kampfbegriff, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 48 (2003) 1055–1059.
- Eric Mühbrel*, Eigenverantwortung – Anmerkungen zur Ambivalenz einer neuen Kultur des Sozialen, in: *Neue Praxis* 35 (2005) 676–681.

- Elisabeth Niejahr*, Arme Junge, reiche Alte. Eine echte Rentenreform muss die Rentner zur Kasse bitten, in: *Die Zeit* vom 21.10.1999, 1.
- Elisabeth Niejahr*, Der wahre Altersunterschied. Heute geht es den meisten Rentnern gut. Aber die Altersarmut wird zunehmen, weil viele Bürger nicht in der Sozialversicherung sind, in: *Die Zeit* vom 30.08.2007, 23 f.
- Paul Nolte*, Das große Fressen. Nicht Armut ist das Hauptproblem der Unterschicht. Sondern der massenhafte Konsum von Fast Food und TV, in: *Die Zeit* vom 17.12.2003, 9.
- Alois Oberhauser*, Die vermeintlich arme jüngere Generation, in: *Irene Becker/Notburga Ott/Gabriele Rolf* (Hg.), Soziale Sicherung in einer dynamischen Gesellschaft. Festschrift für Richard Hauser zum 65. Geburtstag, Frankfurt a. M./New York: Campus 2001, 204–213.
- Klaus Pape* (Hg.), Arbeit ohne Netz. Prekäre Arbeit und ihre Auswirkungen, Hannover: Offizin 2007.
- Christof Pechtl/Daniel Dettling*, Einleitung: „Wachstum durch Bildung – Chancen für die Zukunft nutzen!“, in: *Dies.* (Hg.), Für eine neue Bildungsfinanzierung. Perspektiven für Vorschule, Schule und Hochschule, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2005, 9–14.
- Jutta Roitsch*, Föderaler Schlussakt. Von der kreativen Kooperation zum ruinösen Wettbewerb, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 51 (2006) 977–984.
- Winfried Schmähl*, „Generationengerechtigkeit“ und Alterssicherung. Oder: Wie ein vieldeutiges Konzept einseitig instrumentalisiert wird, in: *Kai Burmeister/Björn Böhning* (Hg.), Generationen und Gerechtigkeit, Hamburg: VSA 2004, 45–61.
- Franz Segbers*, Die unprogrammierte Gerechtigkeit. Zur Kritik des Gerechtigkeitsbegriffs im Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2005), in: *Kirchlicher Herausgeberkreis Jahrbuch Gerechtigkeit* (Hg.), Armes reiches Deutschland. Jahrbuch Gerechtigkeit 1, Frankfurt a. M.: Druck- und Verlagshaus/Publik-Forum Verlagsgesellschaft 2005, 76–82.
- Nico A. Siegel*, Rot-Grün und die Pfeiler des deutschen Kapitalismus, in: *Christoph Egle/Reimut Zohlnhöfer* (Hg.), Ende des rot-grünen Projektes. Eine Bilanz der Regierung Schröder 2002–2005, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2007, 379–407.
- Sabra Wagenknecht* (Hg.), Armut und Reichtum heute. Eine Gegenwartsanalyse, Berlin: Edition Ost 2007.
- Hans Weiß*, „Frühe Hilfen“ für entwicklungsgefährdete Kinder in Armutslagen, in: *Margherita Zander* (Hg.), Kinderarmut. Einführendes

- Handbuch für Forschung und soziale Praxis, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2005, 182–197.
- Stefan Welzk*, Die „Alterskatastrophe“ und der Absturz der Renten, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 51 (2006) 707–721.
- Michael Winkler*, Bildungspolitik nach PISA, in: *Michael Opielka* (Hg.), *Bildungsreform als Sozialreform. Zum Zusammenhang von Bildungs- und Sozialpolitik*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2005, 23–43.
- Walter Wüllenweber*, Die Schicksalsfrage der Nation, in: *stern* vom 20.12.2007, 144–148.
- Karl Georg Zinn*, *Sozialstaat in der Krise. Zur Rettung eines Jahrhundertprojekts*, Berlin: Aufbau Taschenbuch Verlag 1999.
- Karl Georg Zinn*, *Wie Reichtum Armut schafft. Verschwendung, Arbeitslosigkeit und Mangel*, 4. Aufl., Köln: PapyRossa 2006.